

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO)	1
2. Neufassung der Hessischen Nebentätigkeitsverordnung (HNV)	1
3. Initiative zur Anhebung der „DuZ“ gescheitert	2
II. Aus der Rechtsprechung	3
BAG: Der Erwerb „ <i>einschlägiger Berufserfahrung</i> “ setzt keine bestimmte Teilzeitquote voraus	3
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	6
Tarifrunde TdL 2015	6
Hessen/TV-H u. a.	7
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	7
V. Aktuelles auf Rehmnetz	8
1. Beamtenrecht	8
2. Gleichstellungsrecht	8
3. Tarifrecht	8
4. Blog zum Beamtenrecht	8
5. Archiv des HBR-Newsletters	8

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO)

Mitte Dezember 2014 hat das HMdLuS im Rahmen der üblichen Beteiligungsverfahren den Entwurf einer 13. Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO) verschickt. Über die sich ankündigende Änderung hatten wir bereits im Newsletter 5/2014, berichtet. Die aktuell geplanten Inhalte unterscheiden sich jedoch wesentlich von dem Vorhaben im Jahre 2011/2012, das dann nicht realisiert wurde. Geplant ist:

- Beihilfefähige Aufwendungen für Heilpraktikerinnen bzw. Heilpraktiker werden jetzt in der neuen, eigenen Anlage 4 aufgelistet. Daraus ist dann zu ersehen, welche Aufwendungen im Einzelnen beihilfefähig sind (§ 5 Abs. 1 Satz 5 HBeihVO sowie Anlage 4 hierzu).
- Der bisherige Anspruch von Beihilfeberechtigten und den berücksichtigungsfähigen Angehörigen auf sogen. stationäre Wahlleistungen (sogen. „Chefarztbehandlung“ und „Zweibettzimmer“) entfällt (Änderung des § 6 Abs. 1 Nr. 6 HBeihVO).

Diese Leistung muss dann in Zukunft entweder privat (zusätzlich) versichert werden, oder man verzichtet darauf.

- Eine professionelle Zahnreinigung pro Jahr wird in den Katalog der prophylaktischen Maßnahmen verlagert (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 HBeihVO).
- Ferner erfolgen einige redaktionelle Klarstellungen. So wird z. B. der Begriff „Zuckerkrankheit“ ersetzt durch den Begriff „Diabetes“ (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 HBeihVO).

Die Verordnung soll am ersten Tag „des dritten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats“ in Kraft treten. Im Rahmen der Beteiligungsverfahren besteht Zeit zur Stellungnahme bis zum 20.2.2015. Dies deutet darauf hin, dass mit einer endgültigen Verabschiedung im Kabinett nicht vor März 2015 zu rechnen ist. Mithin wird die Neufassung vermutlich erst Ende des ersten Halbjahres 2015 in Kraft treten.

2. Neufassung der Hessischen Nebentätigkeitsverordnung (HNV)

Ebenfalls Mitte Dezember 2014 wurde der Entwurf einer Neufassung der Verordnung über die Nebentätigkeit der hessischen Beamtinnen und Beamten (HNV) im Rahmen der Beteiligungsverfahren ver-

schickt. Sie soll vollständig die Nebentätigkeitsverordnung aus dem Jahre 1976, die zuletzt 1998 geändert wurde, ersetzen (HBR IV, Nr. 2110). Die amtliche Abkürzung wird von „NVO“ auf „HNV“ geändert.

Die wesentlichen Inhalte beschränken sich auf Anpassungen, die auf Grund des 2. DRModG mit Wirkung zum 1.3.2014 erforderlich wurden. Ferner wurde die (lange überfällige) Umstellung von DM auf Euro vorgenommen.

a) Allgemeines

Die Grundlagen hinsichtlich einer Nebentätigkeit finden sich in § 79 HBG, daran knüpft die Verordnung

an. In Kernbereichen (erfasster Personenkreis, Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes, die aber einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst gleichstehen – § 1a NVO, § 2 HNV –; Ausnahmen von der Abführungspflicht – § 4 NVO/HNV) bleiben die Regelungen in der Verordnung unverändert.

b) Abführungspflicht

Im Falle der Ausübung von genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten soll die Abführungspflicht wie folgt gestaltet werden:

Geltendes Recht (NVO)		Geplant (HNV)	
A 1 bis A 8	7.200,00 DM	A 4 bis A 8	3.750,00 €
A 9 bis A 12	8.400,00 DM	A 9 bis A 12	4.350,00 €
A 13 bis A 16, B 1 und C 1 bis C 3	9.600,00 DM	A 13 bis A 16, B 1, C 1 bis C 3, W 1, W 2 und W L1	4.950,00 €
B 2 bis B 5 und C 4	10.800,00 DM	B 2 bis B 5, C 4, W 3, W L2 und W L3	5.550,00 €
Ab B 6	12.000,00 DM	ab B 6	6.150,00 €

Änderungen haben sich durch den Wegfall der Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 sowie durch die Euro-Umstellung ergeben.

Bei einem direkten Vergleich der alten DM-Beträge mit dem amtlichen Euro-Umrechnungskurs kommt man zu folgenden Ergebnissen:

$$8.400,00 \text{ DM} \times 0,51129 \text{ Euro} = 4.294,84 \text{ Euro}$$

$$12.000,00 \text{ DM} \times 0,51129 \text{ Euro} = 6.135,48 \text{ Euro}$$

Die beteiligten Gewerkschaften und Organisationen haben Zeit zur Stellungnahme bis zum 10.2.2015. Danach geht dann das Ordnungsverfahren weiter. Die neue Verordnung soll „am Tage nach der Verkündung in Kraft“ treten. Dies wird dann vermutlich ebenfalls im Laufe des ersten Halbjahres 2015 der Fall sein. Gesonderte Übergangs- oder Überleitungsvorschriften sind nicht vorgesehen.

3. Initiative zur Anhebung der „DuZ“ gescheitert

Im Newsletter Nr. 5/2014, S. 2 hatten wir über die Initiative der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag berichtet, mit der erreicht werden sollte, dass die seit Jahren eingefrorenen „Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten“ („DuZ“) maßvoll angehoben werden sollten. Die SPD-Fraktion wollte erreichen, dass die Landesregierung eine entsprechende Verordnung erlässt. Erfolglos. Die Mehrheit des Hessischen Landtages hat diese Initiative in der Landtagssitzung am 17.12.2014 abgelehnt. Bleibt zu hoffen, dass dieses Thema anlässlich einer (wann auch immer) anstehenden Besoldungsanpassung erneut aufgerufen wird.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

BAG: Das Erfordernis der „einschlägigen Berufserfahrung“ setzt keinen Mindestbeschäftigungsumfang voraus

Das BAG hat entschieden, dass es bei der Anerkennung von Zeiten der „einschlägigen Berufserfahrung“ im Sinne des § 16 Abs. 2 Satz 3 TV-L bzw. § 40 Nr. 5 TV-L nicht erforderlich ist, dass der Beschäftigungsumfang (mindestens) in Höhe einer bestimmten Teilzeitquote erbracht wurde. Letztlich sind, bei Vorliegen der sonstigen tarifrechtlichen Voraussetzungen, alle Vorbeschäftigungszeiten anzuerkennen, unabhängig davon, ob es sich um eine Teilzeit- oder eine Vollzeitbeschäftigung gehandelt hat. Der entschiedene Fall basiert auf dem TV-L. Der Beschäftigte wurde mit Wirkung zum 1.10.2007 als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eingestellt. Zuvor war er 13 Monate lang (vom 1.9.2006 bis 30.9.2007) mit unterschiedlichen befristeten Arbeitsverträgen einerseits und unterschiedlicher Arbeitszeit andererseits beschäftigt. Er begehrte die Anerkennung dieser Zeiten und folglich die Einstufung in die Stufe 2 der EG 13. Der Arbeitgeber verweigerte dies u. a. mit dem Hinweis, dass es sich seit September 2006 nicht um Vollzeitbeschäftigungen gehandelt habe. Die Klage des Betroffenen war erfolgreich. Das BAG sah keinen tarifrechtlichen

Grund, Zeiten der Teilzeitbeschäftigung nur ratierlich anzuerkennen.

BAG v. 27.3.2014, Az.: 6 AZR 571/12

Die vorstehende Entscheidung verdient es, sie auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen und Konsequenzen näher zu betrachten:

a) Tarifrechtlich

Aus tarifrechtlicher Sicht ist ihr vollumfänglich zuzustimmen. Der Wortlaut des § 16 Abs. 2 Satz 3/§ 40 Nr. 5 TV-L bzw. die hierzu vereinbarte Protokollklärung Nr. 1 zu § 16 Abs. 2 TV-L ist eindeutig. Einschlägige Berufserfahrungen zu einem anderen Arbeitgeber von mindestens einem Jahr werden auf die Stufenlaufzeit angerechnet. Im vorliegenden Fall war es sogar ein Jahr und ein Monat. Das Kernargument der Gegenseite, dass es sich bei der vorherigen Beschäftigung um eine Teilzeitbeschäftigung gehandelt habe, die nur anteilig zu berücksichtigen sei, hat das Gericht mit überzeugenden Argumenten zurückgewiesen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Damit ist klargestellt, dass bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen eine nur ratierliche Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten nicht zulässig ist.

b) Übertragbarkeit

Die Entscheidung ist ergangen zum Geltungsbereich des TV-L. Von daher ist zu prüfen, ob und in-



Produkttipps



PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

**Erfolgreiches Personalmanagement hat viele Facetten.
Bei PöS finden Sie alle!**

Modernes Personalmanagement bedeutet, mit der Ressource Personal so umzugehen, dass die Ziele der jeweiligen Behörde oder Kommunalverwaltung erreicht und dabei zugleich die Bedürfnisse der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.

Mehr zum Thema und alle Produkte aus unserer PöS-Reihe finden Sie auf unserer Themenseite.

[\[>>> Direkt zur Themenseite\]](#)

wieweit sie auf das sonstige Tarifrecht des öffentlichen Dienstes übertragbar ist. Das ist ohne Einschränkungen zu bejahen. Im Einzelnen:

> TVöD

Bei der Frage der Anrechnung von Vorbeschäftigungszeiten ist innerhalb des TVöD noch einmal zu differenzieren zwischen dem Bereich des Bundes sowie dem der VKA:

TVöD-Bund:

Im vorliegenden Fall ging es um eine Einstellung in die EG 13. Von daher ist zunächst § 16 Abs. 2 Satz 1 TVöD-AT (Bund) zu beachten. Bei Einstellung in eine der Entgeltgruppen 9 bis 15 gilt zunächst der Grundsatz der Einstellung in die Stufe 1 der jeweiligen Entgeltgruppe, § 16 Abs. 1 Satz 1 TVöD-AT (Bund). Etwas anderes gilt nur dann, wenn einschlägige Vorbeschäftigungszeiten von mindestens einem Jahr aus einem Arbeitsverhältnis zum Bund vorliegen. Wäre der Betroffene mithin im Bereich des Bundes eingestellt worden, so wäre danach zunächst die Einstufung in eine höhere Stufe an dem fehlenden, vorhergehenden Beschäftigungsverhältnis zum Bund gescheitert. Gleichwohl kann eine höhere Stufenzuordnung auch im Bundesbereich unter Beachtung der Deckung des Personalbedarfs (§ 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD-AT – Bund –) oder aber auch im unmittelbaren Anschluss an ein Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst erfolgen (§ 16 Abs. 3a TVöD-AT – Bund –). Wie auch immer, eine nur anteilige Anrechnung von Vorbeschäftigungszeiten wegen Teilzeitbeschäftigung ist generell nicht vorgesehen.

TVöD-VKA

§ 16 Abs. 2 TVöD-AT (VKA) ist strukturell etwas anders aufgebaut, als § 16 Abs. 2 TV-L. Anders als im TV-L wird auf die Differenzierung hinsichtlich der Vorbeschäftigungszeiten beim gleichen oder einem anderen Arbeitgeber verzichtet. Es kommt mithin nicht darauf an, wo diese Zeiten absolviert wurden, sondern dass sie vorhanden sind. Wenn ein Bewerber über eine einschlägige Berufserfahrung von mindestens einem Jahr verfügt, dann erfolgt die Einstellung in die Stufe 2. Liegen anzurechnende Vorbeschäftigungszeiten von drei Jahren vor, erfolgt die Einstellung seit dem 1.1.2009 in die Stufe 3. Ferner sieht § 16 Abs. 2a TVöD-AT (VKA) die Möglichkeit vor, die bei einem Arbeitgeber des öffentlichen

Dienstes zuvor erlangte Stufe in das neue Beschäftigungsverhältnis „mitzunehmen“. Auch aus der Gesamtsicht dieser Regelung ergibt sich, dass es keine Bestimmung gibt, die eine nur anteilige Anrechnung von entsprechenden Vorbeschäftigungszeiten vorsehen.

Identisch beim Bund wie auch bei der VKA ist zudem die Regelung, dass bei der Berechnung der Stufenlaufzeit von vorhandenen Beschäftigten Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung vollumfänglich berücksichtigt werden (§ 17 Abs. 3 Satz 4 TVöD-AT).

Mithin wären bei einer Einstellung der Person entweder im Bereich des Bundes oder der VKA die Vorbeschäftigungszeiten ohne ratierliche Kürzung wegen Teilzeitbeschäftigung anzuerkennen gewesen.

> Hessen

Das **Bundesland Hessen** ist seit dem 1.4.2004 nicht mehr Mitglied der TdL, der TV-L findet hier keine Anwendung. Seit dem 1.1.2010 gilt der TV-H. Ferner ist zu beachten, dass auf Grund besonderer rechtlicher Konstruktion für die **Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt a. M.** und für die **Technische Universität Darmstadt** ebenfalls eigenes Tarifrecht gilt. Allen drei Regelungen ist jedoch gemein, dass sie strukturell/inhaltlich dem TV-H nachgebildet sind. Der TV-H wiederum folgt dem TV-L.

§ 16 Abs. 2 Satz 3 TV-H, die Protokollerklärung Nr. 1 zu § 16 Abs. 2 TV-H sowie § 40 Nr. 5 TV-H unterscheiden sich nur hinsichtlich des Stichtagsdatums (TV-L: Einstellung nach dem 31.1.2010, TV-H: Einstellungen nach dem 31.3.2013), ansonsten sind sie inhaltlich identisch. Das unterschiedliche Datum ergibt sich aus dem unterschiedlichen Inkrafttreten des TV-L einerseits sowie dem TV-H andererseits. Auch der TV-H enthält keine Regelung, die eine nur anteilige Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung zulassen würde.

Gleiches gilt dann auch für **§ 16 Abs. 2 Satz 3 TV-G-U**, der Protokollerklärung Nr. 1 zu § 16 Abs. 2 TV-G-U sowie § 40 Nr. 5 TV-G-U. In inhaltlicher Übereinstimmung mit dem TV-L, dem TVöD (Bund & VKA) sowie dem TV-H werden die unterschiedlichen Möglichkeiten der Anerkennung von Vorbeschäftigungszeiten erwähnt. Mehr noch: § 40 Nr. 5 Abs. 2 Satz 4 TV-G-U regelt ergänzend, dass bei einer Einstellung in die EG 13 bis 15 die „*Zeiten mit ein-*

schlängiger Berufserfahrung an anderen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen grundsätzlich anerkannt“ werden. Eine Regelung zu einer nur anteiligen Berücksichtigung dieser Zeiten bei Teilzeitbeschäftigung besteht nicht.

Ebenso gilt dies für **§ 16 Abs. 2 Satz 3 TV-TU Darmstadt**, der Protokollerklärung Nr. 1 zu § 16 Abs. 2 TV-TU Darmstadt sowie § 40 Nr. 5 Abs. 2 Satz 4 TV-TU Darmstadt. Mehr noch: § 40 Nr. 5 Abs. 2 Satz 4 TV-TU Darmstadt regelt ergänzend, dass bei einer Einstellung in die EG 13 bis 15 die *„Zeiten mit einschlägiger Berufserfahrung an anderen Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen grundsätzlich anerkannt“* werden. Eine Regelung zu einer nur anteiligen Berücksichtigung dieser Zeiten bei Teilzeitbeschäftigung besteht auch hier nicht.

In allen drei Tarifverträgen findet sich ebenfalls die Regelung, dass bei vorhandenen Beschäftigten Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung auf die Berechnung der Stufenlaufzeit vollumfänglich angerechnet werden (§ 17 Abs. 3 Satz 4 TV-H; § 17 Abs. 3 Satz 4 TV-G-U und § 17 Abs. 3 Satz 4 TV-TU Darmstadt).

c) Mitbestimmungsfragen

Im entschiedenen Fall handelte es sich um eine Ersteinstellung bei der Hochschule L. im Freistaat Sachsen. Die streitbefangenen Vorbeschäftigungszeiten wurden bei der M-Universität verbracht. Von daher bestand bei der Einstellung das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung bei Einstellungen; in diesem Fall ist dann auch über die (erste) Eingruppierung zu entscheiden, die gesondert mitbestimmungspflichtig ist.

Die Frage, ob in diesem Zusammenhang auch über die Stufenzuordnung mitbestimmt werden kann, ist, auch mit Blick auf die unterschiedlichen tariflichen Fallkonstruktionen, streitig. Für den vorliegenden Fall gilt, dass ein Mitbestimmungsrecht über die Stufenzuordnung erst dann besteht, *„wenn die Dienststelle – unter Beachtung der Mitbestimmung bei der Lohngestaltung ... – Grundsätze zur Anrechnung förderlicher Berufstätigkeit beschlossen hat“* (BVerwG v. 13.10.2009, PersR 2009, S. 501, 505; 7.3.2011, PersR 2011, S. 2010, a. A. VG Frankfurt a. M. v. 1.3.2010, ZTR 2010, S. 271, das auch ohne Vorliegen derartiger Grundsätze das Mitbestimmungsrecht als gegeben ansieht). Von daher kann hier nur darauf hingewiesen werden, dass sich das Mitbestimmungsrecht in diesen Fällen letztlich da-

nach bestimmt, ob es in der Dienststelle interne Regelungen gibt oder nicht. Gibt es sie, müssten sie nunmehr einer entsprechenden Überprüfung und ggf. Anpassung unterzogen werden. Gibt es sie nicht, wird von der h. M. in der Rechtsprechung ein diesbezügliches Mitbestimmungsrecht ohnehin bestritten.

Dies hindert die Personalvertretungen gleichwohl nicht, sowohl betroffene Bewerberinnen bzw. Bewerber auf eine mögliche Korrektur der Stufenzuordnung hinzuweisen als auch im Rahmen der schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem Dienststellenleiter auch auf diesen Aspekt einzugehen. Wenngleich letzteres wegen des fehlenden Mitbe-



Produktipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung! Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 8 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

stimmungsrechts nicht die Qualität einer wirksamen Ablehnungsbegründung der beabsichtigten Stufenzuordnung haben kann.

Insgesamt zeigt der Vorgang aber auch, wie sinnvoll es wäre, die Festlegung der Stufe ohne jegliche Differenzierung als Teil der Eingruppierungsentscheidung gerade auch bei Ersteinstellungen der Mitbestimmung zu unterlegen. Denn dadurch würde eine zusätzliche Richtigkeitskontrolle erreicht, durch die ggf. solche Auseinandersetzungen vermieden werden könnten.

d) Besoldungsrecht der Beamtinnen & Beamten

Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die Entscheidung **nicht auf** das föderalisierte **Besoldungsrecht** der Beamtinnen und Beamten **übertragen werden kann**. Es ist das jeweilige Besoldungsrecht des Bundes bzw. eines Bundeslandes zu beachten. Für den Bundesbereich z. B. gilt, dass nur „*Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit ...*“ anerkannt werden können (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Satz 3 BBesG). Der Begriff der „Hauptberuflichkeit“ wird u. a. so definiert, dass dies dann gegeben ist, wenn die Tätigkeit „*gewolltermaßen den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellt*“ und in der Regel den überwiegenden Teil der Arbeitskraft beansprucht (zuletzt: OVG Schleswig v. 16.5.2014, NVwZ-RR 2014, S. 728). Von daher bedarf es in diesem Bereich der jeweils genaueren Prüfung.

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

1. Tarifrunde TdL 2015

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTKöD) der Gewerkschaft ver.di hat am 18.12.2014 die Forderungen für die rd. 800.000 Beschäftigten der Bundesländer im Rahmen der Tarifrunde des Jahres 2015 mit der TdL beschlossen:

- Die Entgelte werden für eine Laufzeit von 12 Monaten um 5,5%, mindestens jedoch um 175,00 Euro erhöht,
- sachgrundlose Befristungen (§ 30 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 TV-L) werden tariflich ausgeschlossen,

- die Ausbildungsvergütungen werden um 100,00 Euro erhöht,
- nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung erfolgt eine unbefristete Übernahme,
- Auszubildende erhalten einheitlich 30 Tage Erholungsurlaub (derzeit 27 Tage: § 9 Abs. 1 Satz 1 TVA-L BBiG),
- das Tarifiergebnis wird wirkungsgleich durch das jeweilige Bundesland auf die 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamten der Länder, sowie der rd. 125.000 Beamtinnen und Beamten in den kommunalen Verwaltungen übertragen. Gleiches gilt sinngemäß auch für die rd. 700.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger,
- Einschnitte in das Leistungsrecht der tarifvertraglich geregelten, betrieblichen Zusatzversorgung (VBL) werden abgelehnt,
- es soll eine Absprache zur Weiterentwicklung des Tarif- und Eingruppierungsrechtes geben,
- die GEW fordert die tarifvertragliche Regelung der Eingruppierung der rd. 200.000 Lehrerinnen und Lehrer im Arbeitnehmerverhältnis. Dies soll die sogen. „Lehrer-Richtlinien“ der TdL ersetzen.

Die Forderung nach einer Erhöhung von „*mindestens 175,00 Euro*“ ist so zu verstehen, dass in den Vergütungsgruppen, in denen eine Erhöhung um 5,5% keinen Betrag von 175,00 Euro erreicht, das mtl. Tabellenentgelt auf jeden Fall um 175,00 Euro erhöht wird.

Beispiel anhand der seit dem 1.1.2014 geltenden Tabellenwerte:

- EG 2, Stufe 1: 1.766,81 Euro
- Erhöhung um 5,5%: $1.766,81 \text{ Euro} \times 5,5\% = 97,17 \text{ Euro}$.
- In diesem Fall würde eine 5,5%ige Erhöhung einen Erhöhungsbetrag von 97,17 Euro ausmachen, deshalb würde hier der seit Januar 2014 geltende Tabellenwert um 175,00 Euro angehoben werden.

Als Verhandlungstermine sind derzeit vereinbart:

- Montag, der 16.2.2015 (Rosenmontag, Auftakt-runde)

- Freitag, der 27.2.2015 (2. Verhandlungsrunde)
sowie
- Freitag, der 13.3.2015 (3. Verhandlungsrunde)

Weitere Termine sind derzeit nicht vereinbart.

2. Hessen/TV-H u. a.

Auch die Laufzeit der hessischen Einkommenstarifverträge endete am 31.12.2014. Für den Geltungsbereich des TV-H haben die tangierten Gewerkschaften am 13.1.2015 die Forderungen beschlossen. Sie wurden am 16.1.2015 Innenminister Peter Beuth (CDU) als Verhandlungsführer des Landes übermittelt:

- Erhöhung der Entgelte um 5,5%, mindestens jedoch 175,00 Euro mtl.,
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte für Auszubildende nach dem BBiG (§ 8 Abs. 1 TVA-H BBiG) und in der Pflege (§ 8 Abs. 1 TVA-H Pflege) sowie der Entgelte für die Praktikantinnen und Praktikanten um 100,00 Euro mtl.,
- die Laufzeit der Einkommensentwicklung soll 12 Monate betragen (1.1. bis 31.12.2015),
- verbindliche Übernahmeregulierung für Auszubildende (§ 19 TVA-H BBiG; § 18a TVA-H Pflege) und Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Arbeitstage je Kalenderjahr.
- Schaffung des stufengleichen Aufstiegs bei Höhergruppierungen (analog § 17 Abs. 5 Satz 1 TVöD-Bund),
- Ausschluss der sachgrundlosen Befristungen. Zusätzlich wird das Land aufgefordert, mit den Gewerkschaften Vereinbarungen zu treffen, die die Einschränkung des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge zum Ziel haben.
- Das Tarifiergebnis ist zeit- und wirkungsgleich auf den Bereich der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. In diesem Rahmen wird auch eine Verkürzung der regelmäßigen, wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche vorgenommen.
- Nach Abschluss der Tarifrunde ist das Tarifrecht anforderungsgerecht weiter zu entwickeln.

- An Abschn. III Nr. 1 der Tarifeinigung zu den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen vom 16.4.2013 wird festgehalten.

- Diese Vereinbarungen haben folgenden Wortlaut:

„III. Sonstiges Tarifrecht
1. Staatliche Theater

Die Tarifvertragsparteien vereinbaren, Verhandlungen über den Geltungsbereich der technischen Beschäftigten mit künstlerischen Tätigkeiten an staatlichen Theatern zu führen. Diese Verhandlungen werden unverzüglich nach und auf der Grundlage der Tarifeinigung im Bereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) über den Geltungsbereich für die technischen Beschäftigten an Theatern und Bühnen mit künstlerischen Tätigkeiten aufgenommen.“

Als **Verhandlungstermine** sind bislang vereinbart:

- Freitag, 6.3.2015 (Auftaktrunde) und
- Dienstag, der 14.4. und Mittwoch, der 15.4.2015.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

Januar 2015:

293. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
79. Aktualisierung der Teilausgabe I
§§ 2, 72 HPVG, Fundstellenregister

Februar 2015:

294. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
142. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 24-26 HBG 2014, Vorschriften

März 2015:

295. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht
TV-H, TVÜ-H, Entgeltordnung

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Aktuelles auf Rehmnetz

1. Beamtenrecht

[Disziplinarrechtliche Risiken des Verhaltens nach Dienstschluss](#)

2. Gleichstellungsrecht

[ElterngeldPlus](#)

3. Arbeits- und Tarifrecht

[Entgeltordnung Hessen vereinbart](#)

4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Oberste Dienstbehörde: Eine gesetzgeberische Ungenauigkeit](#)

[Zu viele Lehrerinnen – zu wenig Lehrer](#)

[Eine weihnachtliche Trunkenheitsfahrt in der Amtssprache](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

5. Archiv des HBR-Newsletters

Alle bisherigen Ausgaben unseres kostenlosen HBR-Newsletters finden Sie [hier](#).



Produktipp

pcBeamte

PC-Programm zur Ermittlung von Brutto- und Nettoeinkünften für Beamte, Richter und Soldaten.



CD-ROM

Stand 27. Aktualisierung Januar 2014
wird ca. 1 mal im Jahr aktualisiert

€ 54,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-8024-3

[\[Mehr Info\]](#)

Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2014, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg